

Berlin, 25. März 2026

Pressemitteilung 03/2026

**VDP Berlin-Brandenburg zum geplanten Gesetz zur Errichtung eines  
Ausbildungsförderungsfonds im Land Berlin (sog. Ausbildungsplatzumlage)**

Die Regierungskoalition aus CDU und SPD plant am Donnerstag im Berliner Abgeordnetenhaus das Gesetz zur Errichtung eines Ausbildungsförderungsfonds, die sogenannte Ausbildungsplatzumlage, zu beschließen. Darauf haben sich die Spitzen beider Fraktionen verständigt. Aus Sicht des VDP Berlin-Brandenburg ist die Einführung dieser Umlage jedoch ein bildungs- und wirtschaftspolitisch falsches Signal. In einer Stadt, die im Wettbewerb um Fachkräfte, Innovationen und Investitionen steht, braucht es vor allem Vertrauen, Planungssicherheit und eine echte Partnerschaft zwischen Wirtschaft, Bildungsanbietern und Politik und keine zusätzliche Abgabe.

„Die Ausbildungsplatzumlage sendet ein Signal des Misstrauens gegenüber den Unternehmen in Berlin. Eine zukunftsfähige Ausbildungsstrategie setzt auf Partnerschaft und Qualität und nicht auf finanzielle Sanktionen. Unser Ziel muss es sein, Ausbildung attraktiver und wirksamer zu machen und nicht komplexer“, erklärt Assol Urrutia Grothe, Vorsitzende des VDP Berlin Brandenburg.

Auch Tim Balzer, Vorsitzender des VDP Berlin Brandenburg, sieht den geplanten Fonds kritisch: „Wer Ausbildung stärken will, muss Begeisterung und Qualität fördern und darf keine zusätzlichen finanziellen Hürden aufbauen. Berlin braucht mehr Kooperation zwischen Bildungsinstitutionen und Wirtschaft statt neuer Instrumente, die vor allem administrativen Aufwand erzeugen.“

Der VDP Berlin-Brandenburg warnt davor, dass die Umlage vor allem zusätzliche Bürokratie schafft, die ohnehin angespannte Ausbildungssituation in vielen Branchen weiter verkompliziert und die finanzielle Unsicherheit für zahlreiche Betriebe und damit auch für Schulen in freier Trägerschaft erhöht. Nach dem geplanten Gesetz könnten künftig auch freie Schulen und Bildungsträger abgabepflichtig sein, wenn sie nicht ausreichend ausbilden oder nicht unter die Kleinbetriebsausnahme fallen. Betroffen wären damit auch Träger, deren Schwerpunkt im Bereich der durch das BAMF geförderten Integrations- und Berufssprachkurse liegt.

**VDP**Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.  
Am Zirkus 3A  
10117 Berlin  
Geschäftsführung: Dr. Nicola Böcker-Gianninit: +49 30 353 061 75  
f: +49 30 353 061 76  
[info@vdp-berlinbrandenburg.de](mailto:info@vdp-berlinbrandenburg.de)  
[www.vdp-berlinbrandenburg.de](http://www.vdp-berlinbrandenburg.de)Amtsgericht Charlottenburg VR 27623 B  
Steuernummer 27/620/58871  
Commerzbank  
IBAN DE52 1004 0000 0777 7022 00

„Gerade jetzt, wo insbesondere die Integrationskurse und ihre Anbieter stark unter Druck stehen, verschärft die geplante Ausbildungsplatzumlage und damit eine zusätzliche finanzielle Belastung die Situation der Träger zusätzlich. Das setzt sie weiter unter Druck, gefährdet bestehende Angebote und schwächt letztlich auch die Integration der Menschen, die auf diese Kurse angewiesen sind“, betont der VDP Berlin Brandenburg.

Aus Sicht des VDP braucht Berlin stattdessen eine Ausbildungsstrategie, die junge Menschen frühzeitig, praxisnah und verbindlich an berufliche Perspektiven heranführt. Entscheidend sind dabei verlässliche Übergangsstrukturen, eine bessere Berufsorientierung sowie ein Bildungssystem, das Kompetenzen und Motivation gleichermaßen stärkt. Vor diesem Hintergrund ist es nur schwer nachvollziehbar, dass mit der geplanten Regelung zugleich auch Schulen und Bildungseinrichtungen belastet werden, die täglich einen wichtigen Beitrag zur Bildung und Qualifizierung junger Menschen leisten. Das betrifft auch Schulen in freier Trägerschaft, die mit qualifizierten, akademisch ausgebildeten Lehrkräften arbeiten und damit Berufsgruppen beschäftigen, die nicht über das duale Ausbildungssystem ausgebildet werden können.

Der VDP Berlin Brandenburg plädiert deshalb für eine Neuausrichtung der Berliner Ausbildungsstrategie: mehr Passgenauigkeit zwischen Schule und Betrieb, mehr Unterstützung für Ausbildungsbetriebe und eine konsequente Stärkung der Berufsbildung als zentralem Zukunftsfaktor der Stadt.

Ausbildung in Berlin braucht Vertrauen, Qualität und gemeinsame Verantwortung – keine Umlagepolitik.

**Pressekontakte:**

Dr. Nicola Böcker-Giannini  
Geschäftsführerin VDP BB  
Mobil: +49 177 5253452.  
Mail: [Boecker-giannini@vdp-berlinbrandenburg.de](mailto:Boecker-giannini@vdp-berlinbrandenburg.de)

Assol Urrutia-Grothe  
Vorsitzende VDP BB  
Mobil: +49 178 5833869  
Mail: [urrutia@vdp-berlin-brandenburg.de](mailto:urrutia@vdp-berlin-brandenburg.de)

Tim Balzer  
Vorsitzender VDP BB  
Mobil: +49 172 3811660  
Mail: [balzer@vdp-berlinbrandenburg.de](mailto:balzer@vdp-berlinbrandenburg.de)

**VDP**

Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.  
Am Zirkus 3A  
10117 Berlin  
Geschäftsführung: Dr. Nicola Böcker-Giannini

t: +49 30 353 061 75  
f: +49 30 353 061 76  
[info@vdp-berlinbrandenburg.de](mailto:info@vdp-berlinbrandenburg.de)  
[www.vdp-berlinbrandenburg.de](http://www.vdp-berlinbrandenburg.de)

Amtsgericht Charlottenburg VR 27623 B  
Steuernummer 27/620/58871  
Commerzbank  
IBAN DE52 1004 0000 0777 7022 00